Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenexpeditionen angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Fr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 464. Halle, Donnerstag, den 3. Oktober. 1918.

Vor der Kanzler-Ernennung.

Armentieres und Lens geräumt. — Fortdauer der vergeblichen Vorstöße der Franzosen in der Champagne.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 3. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Boehn.

In Flandern wurden feindliche Angriffe nördlich von Staden, nordwestlich und westlich von Roeselare abgewiesen. Wir machten hierbei etwa 200 Gefangene. Ebenso scheiterten am Abend Teilangriffe des Gegners beiderseits der Straße Ypern—Menin. Armentieres und Lens wurden in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober kampflos geräumt. Wir bezogen rückwärtige Stellungen östlich dieser beiden Städte. Der Feind ist im Laufe des Tages teilweise nach starker Artillerievorbereitung auf verlassene Stellungen über die Linie Fleurbaix—La Bassée—Haulch gefolgt. Vor Cambrai ruhiger Tag. Teilangriffe des Gegners aus der Schelderiederung bei und südöstlich von Rumilly wurden abgewiesen. Stärkere Angriffe und Vorstöße gegen unsere neuen Linien nördlich und südlich von St. Quentin scheiterten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Anizy-Le Chateau und nördlich von Filain schlugen wir Teilangriffe des Gegners ab. Schleswig-Holsteinische Regimenter verteidigten ihre Stellung auf dem Rücken des Chemin-des-Dames gegen starke feindliche Angriffe. Vorfeldkämpfe vor unseren neuen Linien nordwestlich von Reims. Der Feind stand hier am Abend in Linie: Chaudardes-Cormily und dicht vor dem Aisne-Kanal.

In der Champagne setzte der Franzose mit starken Kräften seine Angriffe östlich der Suippes gegen St. Marie à Py, sowie zwischen Somme-Py und Monthois fort. Oertliche Einbruchsstellen südlich von Orfeuil wurden in Gegenstößen verkleinert. Auf der übrigen Front sind die Angriffe vor unseren Linien gescheitert. Auch beiderseits der Aisne und in den Argonnen blieben Teilangriffe des Feindes ohne Erfolg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Jeder Taler ist ein Rekrut.
Die Reichsbank lehrt ihn gegen den Feind marschieren.
Darum zeichnet!

Große U-Boot-Erfolge.

Zwei amerikanische Truppentransporte torpediert.

Berlin, 2. Oktober. (Amtlich.) Im Sperrgebiete um England versenkten unsere U-Boote 32 000 Br.-R.-T., darunter einen amerikanischen Truppentransportdampfer von etwa 7000 Br.-R.-T. Außerdem wurde der amerikanische Truppentransportdampfer „Mount Vernon", der frühere Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Kronprinzessin Cäcilie", torpediert. Der Erfolg konnte jedoch nicht beobachtet werden. Nach feindlichen Pressenachrichten ist der Dampfer beschädigt in einen Hafen eingebracht.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

In Erwartung der Kanzler-Ernennung.

Berlin, 3. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die Ernennung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler und zum preußischen Ministerpräsidenten wird in den nächsten Stunden vollzogen werden. Die anderen Mitglieder der deutschen Regierung werden im Laufe des Nachmittags endgültig von den Parteien, als deren Vertreter sie in die Regierung eintreten, bestimmt werden.

Die neuen Männer.

Berlin, 3. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Zu der Neugestaltung der Regierung wird uns jetzt von parlamentarischer Seite mitgeteilt, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann und der Zentrumsabgeordnete Trimborn Ministerposten ohne Portefeuille übernehmen werden. Für die Leitung des Reichswirtschaftsamtes kommt entgegen anderen Meldungen nach dem jetzigen Stande der Dinge der Abgeordnete Meyer-Kaufbeuren in Frage. Das Reichsamt des Innern wird von einem Fortschrittler, wahrscheinlich Fischbeck, besetzt werden. Wie schon anderweitig gemeldet, wird uns auch aus unserer Quelle mitgeteilt, daß Graf Rödern als Reichsschatzsekretär im Amte bleibt. Von den preußischen Ministern sieht man den Rücktritt des Handelsministers Sydow als sicher an. Weiter rechnet man auch mit einem Rücktritt Breitenbachs und Dr. Schmidts.

Noch früherer Zusammentritt des Reichstages?

Berlin, 3. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Der Reichstag dürfte, wie heute vormittag verlautete, nicht erst am nächsten Dienstag oder Mittwoch, sondern schon übermorgen, Sonnabend, zur Vollsitzung zusammentreten. Der Aeltestenausschuß des Reichstages versammelte sich heute vormittag 11 Uhr, um darüber zu entscheiden. In dieser Sitzung des Aeltestenausschuß wird der neue Reichskanzler sich dem Hause vorstellen und sein Programm entwickeln. Im Anschluß an diese Ausführungen soll eine Aussprache folgen, in der die Fraktionen Stellung nehmen zu der durch den Kanzlerwechsel geschaffenen Lage und zu dem Programm des neuen Kanzlers. Die Tagung des Reichstages dürfte zwei oder drei Tage in Anspruch nehmen. Der Hauptausschuß wird seine Verhandlungen erst fortsetzen, nachdem das Plenum beraten hat.

Fraktionssitzungen im Reichstage.

Berlin, 3. Okt. (Privattelegramm.) Sämtliche Parteien haben für heute früh neue Fraktionssitzungen einberufen. Als erste tagte die Zentrumsfraktion um 9 Uhr früh. Die Verhandlungen über die praktische Ausdehnung der parlamentarischen Regierungsform im Reichstag sind noch in der Schwebe.

Die Wahlrechtsfreundlichen und die Beschlüsse der Herrenhaus-Kommission.

Berlin, 3. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir sodann aus parlamentarischer Quelle hören, finden heute Verhandlungen zwischen den wahlrechtsfreundlichen Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses statt, bei denen zu den jüngsten Beschlüssen des Herrenhauses Stellung genommen werden soll.

Leichter Schlaganfall des Grafen Hertling.

Zürich, 3. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Züricher Anzeiger" will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß Reichskanzler Graf Hertling bei seinem letzten Aufenthalt im Großen Hauptquartier einen leichten Schlaganfall erlitten habe, so daß er nur auf zwei Diener gestützt seither öffentlich erscheinen konnte.

Kriegsfeindliche Kundgebungen in Bulgarien.

Basel, 3. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Neue Korrespondenz" meldet aus Paris: In Sofia und anderen bulgarischen Städten fanden kriegsfeindliche Kundgebungen statt, wobei die Soldaten mit den Manifestanten gemeinsame Sache machten.

Ein Kronrat in London.

Zürich, 3. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Morgenzeitung" meldet indirekt aus London: Gestern fand hier unter dem Vorsitz des Königs ein wichtiger Kronrat statt.

Wo bleibt Englands Note an Oesterreich-Ungarn?

Wien, 3. Okt. (Privattelegramm.) Die englische Antwortnote an Oesterreich-Ungarn war bis Dienstag mittag nicht überreicht. Auch der neutrale Staat, der die Interessen der Monarchie in London vertritt, hatte bis Montag abend die englische Note nicht zugestellt erhalten.

Unbefriedigende Ergebnisse.

Die Entscheidung muß noch im Herbst fallen.

Genf, 3. Okt. (Privattelegramm.) Der „Temps" meldet: Das Ergebnis der ersten vier Kampftage befriedigt nicht alle hochgespannten Erwartungen. Der Kampf muß uns aber diesmal die Entscheidung bringen, wie sie auch auf dem Balkan gebracht wurde und die Entscheidung muß noch in diesem Herbst für uns kommen.

Die unerwartete deutsche Kraft.

Genf, 3. Okt. (Privattelegramm.) Der „Matin" meldet: Diesmal hat der Feind unsere Angriffe erwartet. Infolgedessen geht der Vormarsch nur langsam vorwärts. Wenn er an einzelnen Stellen über 1 bis 2 Kilometer am Tage nicht hinauskommt, so liegt das an der Größe des deutschen Widerstandes. Die Deutschen wissen, um was es sich handelt und sie wehren sich mit einer Kraft, die nach den Vorgängen der letzten Wochen nicht für möglich gehalten wurde.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 3.)

Bulgariens Verrat.

Die Folgen im Innern Bulgariens.

Basel, 3. Oktober. (Eig. Drahtnachr.) Die Basler Blätter melden: Der Pariser „Temps" schreibt, ein wichtiger politischer Umschwung drohe in dynastischer Beziehung in Sofia. Die Lage des Königs Ferdinand sei schwer bedroht, obwohl er sich augenblicklich in einer politischen Schwenkung in das liberale Lager befinde.

Hat die Presse der Entente recht mit ihren Behauptungen, daß König Ferdinand von Bulgarien den Schritt Malinows billigte? Man durfte bisher annehmen, daß die Pariser und Londoner Blätter tatsächlich falsch unterrichtet sind. Die telegraphischen Versicherungen der Bündnistreue durch König Ferdinand an Kaiser Karl und Kaiser Wilhelm gaben den Hinweis, daß der Bulgarenzar wenigstens zur Zeit der Waffenstillstandsbitte Malinows noch eine korrekte Haltung einnahm. Inwieweit das bis heute anders geworden ist, läßt sich schwer sagen. Wir haben die wenig schöne Tatsache zu verzeichnen, daß wir über die Vorgänge in einem Lande, das bisher mit uns verbündet war, zumeist aus fremden Quellen unterrichtet werden. Aus Paris und London hören wir über die Entwickelung in Bulgarien mehr, als uns der eigene Draht vom Balkan meldet. Die Thronrede des Königs, die Malinow in der Sobranje verlas, hatte Klarheit gleichfalls nicht gebracht. Sie ist von einer übergroßen Dürftigkeit und läßt einen Schluß auf die wirkliche Haltung Ferdinands auch jetzt nicht zu. Wenn in der Thronrede einleitend von der loyalen Haltung gegenüber den Verbündeten Bulgariens gesprochen wird, so verträgt sich das nicht ganz mit der im gleichen Atemzuge ausgesprochenen Absicht, in Friedensverhandlungen einzutreten. Bei dieser Zwiespältigkeit mehren sich die Zweifel, ob König Ferdinand heute noch ehrliche Empfindungen für Bündnistreue besitzt.

Aber nicht nur die Haltung des Königs ist eine undurchsichtige, auch die Stellung hoher militärischer Führer Bulgariens ist höchst unklar. Wer ist zunächst heute der Generalissimus des bulgarischen Heeres? Schon diese Frage läßt sich nicht mit Sicherheit beantworten. Bis vor einigen Wochen stand fest, daß General Schekow als Oberbefehlshaber zu gelten habe. Schekow liegt aber bereits geraume Zeit krank in Wien, wo er sich einer Operation unterzogen hat. Von dort aus hat er, wie wir gestern schon mitteilten, energisch gegen das Vorgehen der bulgarischen Regierung Malinows protestiert. Nach ihm reicht die von den Verbündeten entsandte Hilfe aus, um die militärische Lage für Bulgarien wiederherzustellen. Aber auch der bulgarische Generalissimus während der Balkankriege, General Sawow, der im Juni im damals neu gebildeten Kabinett als Kriegsminister fungierte und in dieser Eigenschaft im Juli in einem Telegramm an die „Saale-Zeitung" seine Bundestreue beteuerte, soll erklärt haben, daß nach seiner Ueberzeugung die Lage militärisch herzustellen sei. Endlich ist von einem weiteren bulgarischen Heerführer, General Todorow, bekannt geworden, daß er noch vor wenigen Tagen bündnistreu war. Es hieß bekanntlich in einer Meldung nach dem Bekanntwerden des Auftretens Malinows, daß er von der deutschen Obersten Heeresleitung Weisungen erbeten habe.

Den militärischen Umschwung auf dem Balkan hat offenbar auch weniger irgendein großer Erfolg der Ententeheere herbeigeführt, sondern vielmehr der Umstand, daß durch die politischen Vorgänge in Bulgarien Disziplin und Moral im Heere gelockert waren. Die Führer hatten infolgedessen einfach die Gewalt über die ihnen unterstellten Truppen verloren. Nur so konnte es zu der Katastrophe kommen. Und nur so konnte es dahin kommen, daß ganze Verbände die Front nach russischen Beispielen verließen, um sich nach der Heimat zu begeben. Die gelockerte Moral ist die Ursache, daß es nach einer neueren Meldung jetzt unweit Sofia zu Zusammenstößen zwischen bulgarischen Regierungstruppen und angeblichen Deserteuren gekommen ist. Aber auch diese Meldung ist höchst geheimnisvoll: Was waren das für Regierungstruppen und um welche Deserteure handelt es sich? Verteidigten die „Regierungstruppen" Malinow und seinen Anhang, der doch den Frieden will? Waren die „Deserteure" wirklich nur kriegsmüde Elemente von der Front, dann hatten sie gar keine Ursache, Truppen derjenigen Regierung anzugreifen, die dem Anscheine nach den Frieden um jeden Preis will! Oder waren diese „Deserteure" bündnistreue Truppen, die sich gegen eine verräterische Regierung wenden wollten? Wenn Ministerpräsident Malinow die Folgen seines Verrats

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181003021/fragment/page=0001

überblickt, könnte er erkennen, daß er seinem Lande den Frieden nicht gebracht hat, es vielmehr in den Strudel eines Bürgerkrieges stürzte. Denn darüber kann nicht der mindeste Zweifel bestehen: Für Bulgarien werden viel schwerere Zeiten kommen, als das Land bisher während seiner eigenen Beteiligung am Völkerkriege kennen lernte. Die einleitend wiedergegebene Meldung des Pariser „Temps", daß in Sofia ein wichtiger Umschwung in dynastischer Beziehung einzutreten droht, läßt das nächste Ziel der Entente erkennen. Bulgarien soll dorthin gebracht werden, wo Griechenland schon lange ist; König Ferdinand soll nach dem Willen der Entente fernerhin die gleiche Rolle spielen wie König Konstantin. Alles deutet darauf hin, daß die Entente die in Saloniki erprobten Rezepte in Sofia erneut anwenden möchte. Ob diese Methoden zum zweitenmal Erfolg haben werden? Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben keinen Waffenstillstand abgeschlossen und sie werden auch jetzt noch auf dem Balkan ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben. Die Mittelmächte schützen nur sich selbst, wenn sie die Konsequenzen daraus ziehen, daß ihnen von einem Waffenstillstande nichts bekannt ist. O. H.

Wiener Stimmen zum Abfall Bulgariens.

Wien, 2. Okt. Zur Annahme der Waffenstillstandsbedingungen seitens Bulgariens schreibt das „Fremdenblatt": Die bulgarische Regierung hat vor dem Feind kapituliert, kapituliert in so erniedrigender und umfassender Art, wie kaum ein zweites Beispiel in der Geschichte. Bulgarien scheidet aus der Reihe der selbständigen Staaten, wenn die ungeheuerlichen Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages, den die bulgarischen Bevollmächtigten in Saloniki unterzeichneten, wirklich erfüllt werden. Das Blatt betont sodann, daß es ein schwerer Fehler wäre, sich der Erwartung hinzugeben, daß das Vorgehen Malinows nicht die Billigung der Sobranje finden werde. Die Zentralmächte aber hätten mit dieser Möglichkeit gerechnet. Der Abfall des Bundesgenossen werde für sie keineswegs wieder gut zu machenden Folgen nach sich ziehen. Das Blatt kann nicht umhin, die Handlungsweise Bulgariens dem Vorgehen der Serben gegenüberzustellen, die weiter kämpften, trotzdem ihr ganzes Land erobert sei, und schließt: So wird denn Bulgarien von seiner eigenen Regierung ausgeliefert und bricht zusammen, nachdem noch vor wenigen Wochen seine führenden Männer sich in selbstbewußten Worten nicht genug tun konnten. Die Zentralmächte sehen den Folgen der bulgarischen Ereignisse mit kaltem Blut entgegen und werden im nahen Osten ihren Platz behaupten.

Malinows Machenschaften.

Mit welcher Geschicklichkeit Herr Malinow und seine Hintermänner ihre verräterischen Pläne zur Ausführung zu bringen verstanden haben, ohne daß die bundestreuen Elemente des bulgarischen Volkes von ihrem Treiben vorzeitig Kenntnis erhielten, geht nach dem „L.-A." aus der Tatsache hervor, daß selbst einflußreiche Geschäftskreise in Sofia, die mit der eigenen Regierung sonst in naher Fühlung stehen, von den letzten Ereignissen völlig überrascht worden sind. So ist in Berlin ein bulgarischer Finanzmann, dessen Bruder eine hervorragende Stellung in der Sobranje innehat, zu wichtigen Geschäftsabschlüssen eingetroffen, der Sofia vor einer Woche verlassen hat, ohne auch nur die geringsten Anzeichen für das Vorhaben Malinows gespürt zu haben. Sonst hätte er, wie er versichert, der Hauptstadt seines Landes nicht den Rücken gekehrt und hier nicht wichtige Abschlüsse gemacht, die für ihn nur dann von praktischem Werte waren, wenn das bundesgenössische Verhältnis Bulgariens zu den Mittelmächten unverändert fortbesteht.

Seiner Meinung nach sei die von Malinow eingefädelte Verschwörung mit unvergleichlicher Verschlagenheit zur Durchführung gebracht worden; denn andernfalls wäre sie von den bundestreuen Elementen nicht nur aufgehalten, sondern vermutlich auch verhindert worden. Freilich hätte der Abzug einiger Truppenteile der Verbündeten Bulgariens, der vor längerer Zeit stattgefunden habe, und die damit im Zusammenhange stehenden Uebertreibungen über die Lage an der deutschen Westfront den Anhängern Malinows und deren bolschewistischen Gesinnungsgenossen ein brauchbares Agitationsmaterial geliefert, von dem sie wohl an gewissen Frontteilen ausgiebigen Gebrauch gemacht hätten.

Trotzdem hält unser bulgarischer Gewährsmann die Lage noch nicht für verloren, wenn geeignete und vor allem schnelle militärische Gegenmaßnahmen getroffen würden, die den Geist der bundestreuen Teile des bulgarischen Volkes und Heeres von neuem beleben und sie auf den Weg zur Wiederherstellung der Lage mit fortreißen würden. Zu diesem Zwecke müßte freilich die Hauptstadt des Landes gegen alle Möglichkeiten gesichert und unter bundesgenössischen Schutz gestellt werden. Das würde voraussichtlich auf die Entschließungen der bulgarischen Sobranje von heilsamer Einwirkung sein.

Sachsen's König an Hindenburg.

Dresden, 2. Okt. Der König hat an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg folgendes Telegramm gerichtet:

Generalfeldmarschall von Hindenburg. Großes Hauptquartier. Gestatten Sie mir, Herr Feldmarschall, Ihnen meine wärmsten und aufrichtigsten Glück- und Segenswünsche zu Ihrem Geburtstage auszusprechen. Gott erhalte Sie in alter Kraft und Frische zum Heile und Segen unseres geliebten Vaterlandes in dieser schweren Zeit. Mit unbegrenztem Vertrauen und der festen unerschütterlichen Zuversicht, daß Gott unser Vaterland aus den jetzigen trüben Tagen zu neuer glänzender Machtstellung erheben wird, blicke ich heute als Bundesfürst und Soldat in Begeisterung zu Ihnen auf. **Friedrich August.**

Parteiführer bei König Karl.

Budapest, 2. Okt. Wie die Blätter melden, hat Ministerpräsident Wekerle Schritte unternommen, damit die Führer aller größeren politischen Parteien vom König in Audienz empfangen werden, um diesen Gelegenheit zu geben, ihrer Auffassung über die Lage vor der Krone Ausdruck zu geben. Die Reise, welche Graf Julius Andrassy heute nach Wien angetreten hat, wird hiermit in Verbindung gebracht. Auch die Parteiführer Graf Albert Apponyi und Graf Stephan Tisza treffen heute morgen in Wien ein.

Die Friedensfrage im österreichischen Abgeordnetenhause.

Zahlreiche Wünsche der Parteien für die weitere Behandlung der Friedensfrage. — Lärmszenen. — Ministerielle Aktentaschen als Wurfgeschosse. — Gegen tschechische Maßlosigkeiten.

Wien, 2. Okt. (Meldung des Wiener K. K. Tel. Korr.-Bureaus.) Das Abgeordnetenhaus begann heute die Erörterung über die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten sowie über die Anträge betreffend die Friedensfrage. Die Südslawen, Tschechen und Alpolen verlangen in einem gemeinsamen Antrage eine

wahrheitsgetreue Darstellung des Standes der Friedensfrage,

insbesondere betreffend den Standpunkt der Regierung zum Selbstbestimmungsrechte der Nationen. Die deutschen Sozialdemokraten verlangen in ihrem Antrage einen

Frieden auf folgenden Grundlagen:

Errichtung eines Völkerbundes, Vermeidung des Wirtschaftskrieges, keine Annexionen, Wiederherstellung Serbiens, Montenegros und Belgiens, keine Kontributionen, Neuregelung der Ostfragen auf Grundlage der Selbstbestimmung, Abänderung des Brester und des Bukarester Friedensvertrags, Lösung der Polenfrage durch die polnische Constituante, Lösung der territorialen Streitfragen im Süden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des italienischen und südslawischen Volkes, Neugestaltung der Beziehungen der Nationen Oesterreichs zum Reiche auf Grundlage der Freiheit und Selbstregierung aller Völker.

Die Ukrainer

beantragen, daß künftighin vom Minister des Aeußeren bevorstehende Friedensaktionen erst nach Anhörung des Reichstags bezw. der Delegationen unternommen werden. In einem anderen Antrage protestieren die Ukrainer gegen die Auslieferung Ostgaliziens an das Königreich Polen. Die Polen Dachinski, Glombinski und Tertil verlangen in ihrem Antrage namens des polnischen Volkes Wiederherstellung eines unabhängigen, aus sämtlichen polnischen Landesteilen zusammengesetzten polnischen Staates, somit mit eigener Meeresküste und aus den vorwiegend von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebieten, insbesondere Schlesiens, sowie die Teilnahme der Vertreter des polnischen Volkes an dem Friedenskongresse, der

die polnische Frage

zu lösen hat.

Der Wiener Abgeordnete Ofner verlangte, daß der Minister des Aeußeren gemeinsam mit Vertretern des österreichischen und des ungarischen Abgeordnetenhauses die Friedensbedingungen, insbesondere die 14 Punkte Wilsons auf ihre Erfüllbarkeit hin einer eingehenden Beratung unterziehe.

Der tschechische Abgeordnete Stanek entwickelte das tschecho-slowakische staatsrechtliche Programm und betonte die Solidarität zwischen Tschechen, Polen und Südslawen. Er erklärte, ein Frieden könne nur durch Annahme der 14 Punkte Wilsons erreicht werden. Als der Redner im Laufe seiner Ausführungen unter

heftigen Angriffen an Deutschland

die tschecho-slowakischen Legionen verteidigte, kam es zu heftigen Lärmszenen. Gegen den Abgeordneten Teufel, der die Rede als Schurkerei bezeichnete, warf der tschechische Sozialdemokrat Soukup die Aktentasche eines Ministers von der Ministerbank. Ein anderer tschechischer Abgeordneter warf ein Metallstück von einer Schreibgarnitur der Ministerbank gegen Teufel, ohne zu treffen. Der Präsident sprach sein Bedauern über diesen Vorfall aus. Der Abgeordnete Stanek wurde im Verlaufe seiner Rede vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Der Abgeordnete Waldner wies die Rede Staneks als

Verrat und schamlosen Staatsbruch

zurück und erklärte: Wir werden im gemeinsamen Verteidigungskampfe im Bewußtsein der Gerechtigkeit unserer Sache mit voller Kraft ausharren, untrennbar vereint mit unseren Bundesgenossen (lebhafter Beifall und Händeklatschen), im Kampfe für den Friedenswillen und auch für den Friedensschluß. In der südslawischen Frage stimmen die Deutschen der kroatischen Lösung zu, verlangen jedoch materielle Gegengewährungen und Sicherstellung der Interessen Oesterreichs. In der Polenfrage billigen sie die Lösung auf Grundlage freier Entschließung des polnischen Volkes. Die Deutschen sind bereit, der nationalen Autonomie zuzustimmen, wenn der eigene nationale internationalen Fragen.

Besitzstand insbesondere in den Minderheitsgebieten gesichert und die Lebenskraft des Staatsganzen zur Wahrung der gemeinsamen Interessen unangetastet bleibt.

Der Südslawe Dr. Krosse führte aus: Freiherr von Hussarek komme mit der nationalen Autonomie

zu spät.

Es gäbe keine Künste der Welt mehr, welche die Kroaten und Serben von den Slowenen trennen könnten.

Der christlich-soziale Abgeordnete Hauser begrüßte den Friedensschritt des Ministers des Aeußeren und erklärte, er bezweifele nicht, daß der Minister diesen Schritt bei gegebener Gelegenheit erneuern und fortsetzen werde. Er hoffe, daß es möglich sein werde,

im Einvernehmen mit unserem treuen Verbündeten, Deutschland,

das Friedensziel der Monarchie vollständig zu klären und zu konkretisieren, sowie eine Klärung zwischen uns und unseren Feinden zu schaffen. Besonders das deutsche Volk habe in diesem Kriege ungeheure Opfer gebracht und sei auch bereit, für das kostbare Gut des Friedens große Opfer zu bringen. Das deutsche Volk habe in der schweren Lage eine große und sittliche Kraft gezeigt, so daß es uns um die Zukunft des deutschen Volkes nicht bange zu sein braucht. Wir alle, die wir das deutsche Volk hier vertreten, fühlen uns mit ihm unzertrennbar in Freud und Leid verbunden.

Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek: Heute vormittag durch eine dringende Beratung zu meinem lebhaften Bedauern an der Anwesenheit im Hohen Hause verhindert, habe ich erst aus den stenographischen Aufzeichnungen ersehen, daß der erste Redner bei seinen Erörterungen in maßloser Weise Auffassungen vertreten hat, welche, wie ich selbst überzeugt bin, nicht die des tschechischen Volkes sind. (Lebhafter Beifall links, Zurufe bei den Tschechen.) Der Kampf für nationale Ideale kann nicht durch

Verherrlichung von Hochverrat und Felonie

und durch Beschimpfung jener Staaten geführt werden, deren Truppen an der Seite der unseren fechten. Das Deutsche Reich und sein Oberhaupt, der ungarische Staat (lebhafte Zurufe bei den Tschechen) und die ungarische Nation stehen zu hoch, um durch Beleidigungen dieser Art gekränkt zu werden. (Erneute lebhafte Zurufe.) Aber als Chef der Regierung bin ich verpflichtet, solche Aeußerungen mit Empörung zurückzuweisen. (Lebhafte Zustimmung links, Gegenrufe bei den Tschechen.) Ich wahre die Würde Oesterreichs gegen solche Ausschreitungen des Chauvinismus, der jeden inneren Halt und jedes Verständnis für die Wirklichkeit verloren hat und auf den blanken Schild unserer Staatsehre und unserer unerschütterlichen Treue gegen die ruhmvollen Verbündeten keinen Schatten zu werfen vermag. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links. Gegenrufe bei den Tschechen. Der Ministerpräsident wird beglückwünscht.)

Abg. Tusar (tschech. Soz.) führt in Erörterung der außenpolitischen Situation aus: Die Deutschen irren, wenn sie glauben, daß die Tschechen in den letzten Tagen übermütig geworden seien. Wir haben ein Interesse daran, mit dem deutschen Volke, das immer ein großes Volk bleiben wird, in gutem Einvernehmen zu bleiben, da es ja ein Nachbar des tschecho-slowakischen Nachbarstaates sein wird. Wir werden im übrigen alles tun, schloß der Redner, damit die tschechische Frage mit den anderen Weltfragen

auf einem internationalen Kongresse

gelöst werde. (Lebhafter Beifall bei den Tschechen.)

Abg. Mataja (christlich-sozial) erklärte, auf dem Wege obrigkeitlicher Zusammenfassungen der Nationen zu Staatsgebilden gehe es nicht mehr. Wir müssen uns entschließen, sagte Mataja, den Weg der Selbständigkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Nationen anzuerkennen, und zwar nicht aus innerem Zwange, sondern aus der Erkenntnis des inneren Notwendigkeit eines neuen Systems.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen.

Der Alpole Glombinski überreichte am Schlusse der Sitzung einen Antrag betreffend Einberufung eines internationalen Friedenskongresses zur Lösung der polnischen Frage gemeinsam mit den

Das Kabinett des Prinzen.

Die Aufgaben der neuen Männer.

Berlin, 3. Oktober. Die Berufung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler kann, wie die „Voss. Ztg." berichtet, wenn auch nicht formell, so doch in Wirklichkeit als vollzogene Tatsache betrachtet werden. Die Bekanntmachung soll nach strengen konstitutionellen Grundsätzen erfolgen, nachdem die Einigung über das Programm vollzogen ist.

Wie der „Vol.-Anz." schreibt, hätte sich der Prinz restlos auf das Programm der Mehrheitsparteien gestellt. Für seine endgültige Formulierung blieben noch einige Punkte zu klären, bei denen es sich u. a. um die Form handeln soll, in der man der Forderung um Aufhebung des Artikels 9 der Verfassung gerecht werden soll.

Das „Berl. Tagebl." schreibt: Der Prinz will ein Kabinett aus Mitgliedern der Mehrheitsparteien bilden. Auch die Nationalliberalen werden, ganz abgesehen von den Konservativen, davon ausgeschlossen bleiben, dagegen sollen die nationalliberalen Politiker v. Krause, Schiffer und Friedberg in ihren Aemtern verbleiben. Das Programm des Prinzen lehne sich an das Programm der Mehrheitsparteien an. Es weist in einigen Punkten eine noch bestimmtere Fassung auf, geht in anderen über die Forderungen der Mehrheitsparteien hinaus und stellt allem den Gedanken voran, dem deutschen Volke den Frieden zu geben.

Die „Börsenzeitung" meint: Bevor die neue Regierung ihr Programm entwickelt hat, wird man sich einer jeden Beurteilung der Art ihrer Zusammensetzung richtiger zu enthalten haben. Sollten auch die Nationalliberalen an ihr nicht teilnehmen, so wird dies gewiß für die Partei kein Anlaß sein, die Regierung zu bekämpfen. Die nationalliberale Reichstagsfraktion wird ihre Haltung ausschließlich nach dem Programm der neuen Regierung einrichten müssen, die Personalfragen spielen erst eine zweite Rolle.

Die Umrisse der neuen Regierung.

Die neue Regierung, sagt der „Vorwärts", ist als eine kollegiale gedacht, an deren entscheidenden Entschlüsse alle Staatssekretäre teilnehmen, der Reichskanzler, der Vizekanzler und die beiden Staatssekretäre ohne Portefeuille ihren engeren Ausschuß darstellen. Die neue Regierung werde es als ihre Aufgabe betrachten, der Welt und dem deutschen Volke den Frieden wiederzugeben. Dieser solle ein dauernder sein; er soll sich auf den Völkerbund gründen und die allgemeine Abrüstung ermöglichen, die politische und wirtschaftliche Freiheit der Völker sichern und den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege ausschließen.

Der „Vorwärts" teilt die Umrisse der neuen Regierung mit, soweit sie schon erkennbar sind:

Reichskanzler: Prinz Max von Baden.

Vizekanzler: v. Payer.

Staatssekretäre ohne Portefeuille: Scheidemann und ein Zentrumsabgeordneter, ein parlamentarischer Unterstaatssekretär: ein Sozialdemokrat.

Staatssekretär des Auswärtigen: einer von den drei vorgeschlagenen, die alle drei mit ihrer Ueberzeugung auf dem Boden des neuen Regierungsprogramms stehen, ferner zwei neue parlamentarische Unterstaatssekretäre: Parteien noch unbestimmt. Dann kommt das

Reichsarbeitsamt (neu): Staatssekretär ein Sozialdemokrat (über die Person soll noch die Generalkommission der Gewerkschaften befragt werden), ferner zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: ein Fortschrittler und ein Zentrumsmann. Weiter das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181003021/fragment/page=0002